

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3

4 **Geschäftsführergehälter bei den bremischen Gesellschaften anpassen**

5

6 Der Unterbezirk Bremen-Stadt begrüßt die Veröffentlichung der Geschäftsführerge-
7 hälter der bremischen Gesellschaften im Beteiligungs-Bericht des Landes. Mit dieser
8 Information wird notwendige Transparenz geschaffen, die Voraussetzung für eine
9 Kontrolle der staatlichen und kommunalen Gesellschaften durch Parlament und Öff-
10 fentlichkeit ist.

11

12 Die Geschäftsführergehälter liegen zum Teil deutlich über den Gehältern, die für ver-
13 gleichbare Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Das ist vor
14 dem Hintergrund der knappen Haushaltslage des Landes und der Stadtgemeinde und
15 angesichts der Entwicklung der Tarifgehälter für den öffentlichen Dienst und der
16 Beamtenbesoldung in Bremen nicht zu rechtfertigen. Der Verweis auf ein Arbeits-
17 platzrisiko zieht in den Fällen nicht, in denen die Betroffenen ein Rückkehrrecht in
18 den öffentlichen Dienst haben. Der Verweis auf Haftungsrisiken ist verfehlt, weil
19 diese Risiken durch Versicherungen abgedeckt werden können.

20

21 Der Unterbezirksparteitag fordert daher die sozialdemokratischen Mitglieder des
22 Senats und der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, zu prüfen wie bei Leitungsfunktionen
23 bei den im öffentlichem Eigentum stehenden privaten Gesellschaften, die nur Auf-
24 gaben der Verwaltung erfüllen und nicht am Markt agieren, künftig wie vergleichba-
25 re Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst vergütet werden. Das gleiche gilt für
26 Leitungsfunktionen, bei denen ein Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst gesichert
27 ist.

**Angenommen und weitergeleitet an den nächsten ordentli-
chen Landesparteitag am 27. April 2013.**